

Kurzbericht

öffentlicher Teil

65. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

1. Februar 2023, 14:00 bis 15:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten)

CDU

Dirk Bamberger
Jürgen Banzer
Birgit Heitland
Heiko Kasseckert
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Manfred Pentz
Michael Ruhl

SPD

Elke Barth
Tobias Eckert
Stephan Grüger
Knut John
Marius Weiß

Freie Demokraten

Oliver Stirböck

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Miriam Dahlke
Hildegard Förster-Heldmann
Kaya Kinkel
Karin Müller (Kassel)
Katy Walther

AfD

Andreas Lichert
Dimitri Schulz

DIE LINKE

Axel Gerntke

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Ilka Heil
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich
 AfD: Meysam Ehtemai / Olaf Schwaier
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
TAREK AL-WAZIR	M	HMWELW
Heike Holmann	Präsident	HMWELW
Justus Bruns	SD	HMWELW
Michael Wiermeth		HMWELW
Lukas Maier		HMWELW
NICLAS SPÄKER		L7

Protokollführung: RDirin Heike Schnier

Inhaltsverzeichnis:

- zur abschließenden Beratung –
1. Antrag S. 4
Fraktion der SPD
Arbeitsplätze sichern, Tradition bewahren – Die Landesregie-
rung muss Binding retten!
– Drucks. [20/10376](#) –

Punkt 1 bis 4: siehe nicht öffentlicher Teil

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:03 Uhr)

– zur abschließenden Beratung –

1. **Antrag**
Fraktion der SPD
Arbeitsplätze sichern, Tradition bewahren – Die Landesregierung muss Binding retten!
– Drucks. [20/10376](#) –

Abg. **Tobias Eckert:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag im Nachgang zu unserer Diskussion in den Geschäftsgang eingebracht, die wir dankenswerterweise hier zum Dringlichen Berichtsantrag Drucks. 20/9388 geführt haben. In der Zwischenzeit haben nicht nur wir, sondern, ich hoffe, der eine oder andere und insbesondere die Landesregierung den Weg gefunden, sowohl mit der Inhaberseite als auch mit der Belegschaft und den Gewerkschaften in den vertieften Austausch rund um die Frage Binding in Frankfurt zu kommen.

Wir haben als Land Hessen – das haben wir im Antrag geschrieben – immer wieder gezeigt, dass wir dann, wenn es wichtig ist, handlungsfähig sein können, wenn wir es nur wollen. Wir hatten bei dem Dringlichen Berichtsantrag die Debatte, dass es aus unserer Sicht notwendig ist, das Handeln der Landesregierung durch den Landtag einzufordern. Denn das, was wir bisher wahrgenommen haben, ist in der Tat ein Laisser-faire-Ansatz gegenüber dem, was in Frankfurt rund um Binding diskutiert wird.

Ich freue mich, dass vielleicht das eine oder andere Mitglied der Landesregierung aus eigenen parteipolitisch motivierten Kommunalwahlkampfgründen selbst Initiativen unterschreibt, dass man etwas tun muss. Aber eigentlich wäre die Landesregierung aufgefordert, zu handeln und in den Austausch zu gehen. Deswegen haben wir diesen Antrag heute vorgelegt.

Fast zeitgleich findet jetzt mit das erste Mal ein vertiefter Austausch zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat statt, die endlich einmal ins Gespräch über die Details kommen. Wir haben es in Hessen leider immer wieder, dass das Gespräch zwischen Betriebsrat, Gewerkschaften und Betriebsleitung von verschiedenen Seiten nicht gewollt wird. Das ist nicht nur bei Binding der Fall, aber über die HLB reden wir sicherlich ein anderes Mal, auch in diesem Ausschuss.

Ich glaube, hier ist es deutlich bei dem, was wir beschreiben: ein klares Signal der Solidarität, ein klares Bekenntnis zu diesem Standort, eine klare Aufforderung in Richtung Landesregierung, dort nicht nur Solidarität zu bekunden, sondern aktiv zu handeln.

Bei der Diskussion zum Dringlichen Berichtsantrag hatten wir vermehrt vom Minister dargestellt bekommen: Die Landesregierung bedauert das; auch der Ministerpräsident, der etwas mit dieser Stadt zu tun hat, über die wir reden, bedauert das. Aber ein Bedauern und An-der-Seitenlinie-

Stehen ist nicht das, was wir vonseiten einer Hessischen Landesregierung erwarten. Von daher ist es notwendig, darüber zu diskutieren. Da wir den Eindruck hatten, dass wir in der nächsten Sitzung nicht mit dem Minister diskutieren können, weil er dann in Berlin bei der ITB weilt, haben wir gesagt, dass es wichtig ist, dass wir heute die Gelegenheit haben, mit ihm darüber zu diskutieren. Denn an dieser Stelle begeht das Land Hessen auch in der grundsätzlichen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik einen Fehler, wenn man nur von außen betrachtet und sich nicht selbst engagiert. Von daher ist es wichtig, die Landesregierung durch den Landtag zu diesem Handeln zu ermutigen, wenn nicht gar aufzufordern.

Abg. **Andreas Lichert:** Ich finde es interessant, dass wir passend zur Faschingszeit hier ausschließlich Anträge behandeln, die sich mit Alkoholika beschäftigen: zunächst mit Bier und die nächsten beiden mit dem Champagner der Energiewende. Da hat jemand ein gutes Händchen bei der Aufstellung der Tagesordnung gehabt.

Jetzt zum Ernst und zum Antrag. Meine Damen und Herren, wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen, weil er im Prinzip reiner Populismus ist. Wir haben nichts gegen Populismus,

(Heiterkeit)

aber in diesem Fall ist es inhaltlich nicht grundiert. Es ist deswegen nicht inhaltlich grundiert, weil es beim besten Willen keinen Bedarf nach einem besonderen Eingreifen der Landesregierung gibt.

Natürlich ist uns auch bewusst, dass der Verlust der Arbeitsplätze in einigen Fällen mit besonderen Härten, insbesondere sozialen Härten, verbunden sein kann. Aber genau dafür haben wir die sozialen Sicherungssysteme. Genau deswegen haben wir die soziale Marktwirtschaft, damit niemand durchs Netz fällt und deswegen vor persönlichen Krisen steht. Daher ist es hier überhaupt nicht geboten, dass die Landesregierung größere Aktivitäten entfaltet. Insofern finden wir das Nichthandeln der Landesregierung gut.

Abg. **Kaya Kinkel:** Man kann, glaube ich, grundsätzlich zustimmen, dass die Binding-Brauerei zu Frankfurt gehört und damit auch ein Teil von hessischer Kultur oder ein Teil hessischer Identität ist. Deshalb ist es so bitter, dass der Standort in Frankfurt jetzt geschlossen werden soll.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn der Standort erhalten bliebe. Es gab auch ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und der Betriebsleitung, wo deutlich gemacht wurde, dass das Interesse besteht, dass dieser Standort erhalten bleibt.

Bei der Diskussion über den Dringlichen Berichtsantrag haben wir die Gründe dafür gehört, warum der Standort geschlossen werden soll. Das sind der Rückgang des Bierkonsums und die Energiekrise. Wir können als Politik viel dafür tun, Energiekosten zu senken – das tun wir mit

umfangreichen Programmen –, aber wir können als Politik wenig dagegen tun, dass der Bierkonsum zurückgeht – was man dann auch gesundheitspolitisch diskutieren müsste. Aber es ist marktwirtschaftlich verständlich, dass ein Rückgang des Bierkonsums bedeutet, dass weniger Bier produziert wird bzw. produziert werden soll.

Letztendlich ist es eine unternehmerische Entscheidung, die dort getroffen wird. Wie man aus dem Antrag herausliest, weiß auch die SPD, dass die Landesregierung durch das Gespräch deutlich gemacht hat, wie hoch das Interesse an dem Standort ist. Aber letztlich gehört die Entscheidung in die Hände der Betriebsleitung.

Wir können uns durchaus den Appellen der SPD anschließen, die die Bedeutung der Binding-Brauerei unterstreichen, und auch der Aufforderung an den Konzern, weil es aus unserer Sicht schon wichtig ist, auch als Landtag ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass wir den Konzern und die Dr.-Oetker-Gruppe auffordern, den Standort zu erhalten. Von daher würden wir den Punkten 1 und 3 des Antrags der SPD zustimmen.

Abg. **Oliver Stirböck:** Vielen Dank an Kaja Kinkel, dass sie den Wert der Marktwirtschaft herausgearbeitet hat. Das ist eine Wirtschaftsform, die von führenden Vertretern der GRÜNEN immer einmal kritisiert wird. Insofern war es ein bemerkenswerter Beitrag.

(Zuruf Abg. Kaja Kinkel)

– Doch, das ist so. Man kann es nicht bestreiten. Da müssen Sie jetzt nicht den Kopf schütteln. – In der Tat ist es hervorragend, wenn sich die Landesregierung für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Hessen einsetzt. Es ist aber immer das Problem, dass bei großen Unternehmen im Landtag Debatten geführt werden. Bei kleinen und mittelständischen Unternehmen fällt die politische Unterstützung aber in der Regel sehr viel geringer aus. Natürlich ist Binding ein wichtiger Kulturträger und auch ein Markenzeichen in der Stadt Frankfurt. Aber ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Politik ist, hier steuernd einzugreifen.

Vielleicht sind in der Vergangenheit nicht die erforderlichen Rahmenbedingungen in Frankfurt geschaffen worden. Das kann ich nicht beurteilen. Aber es ist auf jeden Fall so, dass wir als Land nicht, wie die SPD das wünscht, nach dem Vorbild der Porzellanmanufaktur Binding eine Möglichkeit geben können. Wie sollte das aussehen? Soll die Hochschule für Gestaltung jetzt auch noch die Binding-Brauerei übernehmen? Aus Offenbacher lokalpatriotischer Sicht würde ich das zwar begrüßen, der Minister offensichtlich auch. Aber mir fällt selbst in der Fastnachtszeit kein Konstrukt ein, das dies ermöglicht.

Ja, wir haben in Hessen ein Staatsweingut. Aber damit hängt vielleicht ein etwas anderer kultureller Hintergrund zusammen, auch wenn man das kritisch sehen mag, als einfach nur eine Biermarke. Als Partei der Marktwirtschaft stehen wir dem Antrag der Sozialdemokraten in Gänze ablehnend gegenüber.

Abg. **Axel Gerntke**: Damit die Marktwirtschaft hier nicht allzu sehr hochlebt: Sie kann kein Selbstzweck sein. Wenn überhaupt, soll sie nur ein Mittel zum Zweck sein. Wenn das Ergebnis der Marktwirtschaft aber ist, dass über 150 Menschen und die daran hängenden Familien erwerbslos werden, dann heiligt der Zweck hier keineswegs die Mittel. Wenn man dann noch sagt, wir hätten einen Sozialstaat, wir hätten soziale Sicherungssysteme, und daher sei das kein Problem, dann wird es langsam zynisch. Denn wenn wir uns anschauen, wie hoch die Arbeitslosengeldsätze sind und wie lange sie gezahlt werden, dann sehen wir, dass für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dort gearbeitet haben, keineswegs gesichert ist, dass sie im Rahmen des Sozialstaats ihr Auskommen haben werden. Vielmehr droht vielen der Betroffenen Armut.

Ich denke, damit sollte man sich in diesem Ausschuss auseinandersetzen. Einhellig ist hier bekundet worden, es handele sich um ein Kulturgut. Wenn es denn ein Kulturgut ist, dann kann man es auch wie ein Kulturgut behandeln. Dann muss man auch darüber nachdenken, ob das Ganze nicht gegebenenfalls vergesellschaftet gehört.

Wir werden den Antrag der SPD unterstützen. Er ist notwendig, aber natürlich keineswegs hinreichend.

Abg. **Knut John**: Wenn man tiefergründig in diese Materie einsteigt, dann sollte man sich die Dr.-Oetker-Gruppe anschauen, die mit über 400 Tochtergesellschaften aufwartet. 2018 waren es noch 44 Brauereien, die sie gekauft hat. Mittlerweile sind es mit Sicherheit mehr. Wenn man das sieht, dann fragt man sich schon: Muss das so weit kommen? Hat ein solches Monopol nicht auch Einfluss auf Kultur? – Natürlich hat es das. Es nimmt sie auch teilweise weg.

Insofern bin ich schon dabei, dass man einmal kartellrechtlich darauf schauen muss, ob alles so richtig ist, was da läuft. Es ist seitens Dr. Oetker auch nicht nur Bier, sondern Selters gehört auch dazu, Henkell auch. Wer weiß, wie lange Henkell noch da ist? Das wissen wir auch nicht. Bionade gehört auch dazu. So setzt Dr. Oetker die Einkaufstour fort.

Ich halte es für äußerst kritisch, was auf diesem Markt passiert. Dr. Oetker könnte sogar einen Getränkemarkt mit seinen eigenen Marken füllen. Dazu bräuchte man gar keine anderen.

Meine lieben Kollegen, die Macht des Geldes spielt hier eine erhebliche Rolle. Da hat aus meiner Sicht der Staat schon die Aufgabe, hier und da regulierend einzuwirken; denn: Wehret den Anfängen. Ich kann aus eigener Erfahrung im ländlichen Raum sagen: Die Einkaufstour der Großbrauer geht weiter fort. Ich hatte es das letzte Mal schon gesagt: Die Kleinen gehen weg bzw. sterben aus. Das Bier wird dann irgendwo anders gebraut. Das wird mit Binding auch passieren. Irgendwo im Bayerischen wird es dann gebraut, und nur der Name ist noch da.

Wenn wir das wollen, müssen wir so weitermachen. Wenn wir ein bisschen etwas dagegensetzen wollen, dann sollten wir langsam damit anfangen.

Abg. **Heiko Kasseckert**: Gestatten Sie mir drei Bemerkungen. Zunächst will ich dem widersprechen, was Oliver Stirböck gesagt hat, dass immer nur die Großen im Fokus dessen stehen, was Politik leistet und was Politik zu tun bereit ist. Wenn ich die zurückliegenden zwei Jahre der Corona-Pandemie betrachte, dann stelle ich fest, dass wir umfangreiche Mittel vom Land – logischerweise auch vom Bund – zur Verfügung gestellt haben. Wir haben über die WIBank Programme für kleine und mittelständische Unternehmen gestaltet, wie Mikrodarlehen etc. Es ist mitnichten so, dass wir immer nur den Blick dahin richten, wo der Lichtkegel ist, sondern wir richten unsere Politik durchaus so aus, dass der Wirtschaftsstandort Hessen insgesamt bestehen kann.

Das ist aber der Unterschied zu dem, was wir jetzt erleben. Sie beide haben das Thema Marktwirtschaft thematisiert. Das hat etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun. Wenn die Nachfrage nach Bier deutlich zurückgeht, dann ist es völlig klar, dass die Anzahl der Brauereien geringer wird. Das kann uns alle besorgen, das finden wir alle nicht gut. Da es bei Binding gerade den Standort Frankfurt betrifft, ist es besonders hart, bei solch einem Traditionsunternehmen. Aber am Ende sind das die Spielregeln der Marktwirtschaft.

Wir achten also auf alle Unternehmen in Hessen und stecken dort Unterstützung und Förderung hinein, wo wirtschaftliches Handeln auch in Zukunft noch möglich sein wird. Deshalb haben wir die Unternehmen in der schweren Zeit gestützt. Aber auf der anderen Seite – da achten wir sehr auf die Trennung zwischen Staat und Wirtschaft – können wir nichts am Leben erhalten, was der Kunde, der Markt zumindest nicht mehr in dem Umfang nachfragt, wie das vielleicht in der Vergangenheit war.

Von daher tut es uns leid. Kaja hat es angesprochen: Wir haben jede Solidarität und wollen alle Möglichkeiten nutzen. Das hat der Ministerpräsident auch in einem Gespräch mit der Geschäftsführung von Binding und der Oetker-Gruppe getan. Er hat es noch einmal adressiert. Aber mehr Möglichkeiten sehen wir nicht. Deshalb teilen wir den Antrag der SPD in den Punkten 1 und 3. Die übrigen Punkte sind Angriffe auf die Landesregierung. Das werden wir ablehnen; das wird nicht überraschen. Aber in der Solidarität wollen wir dem Aufruf, alles Mögliche zu tun, um den Standort zu erhalten, selbstverständlich beitreten.

Ich will noch den letzten Punkt ansprechen. Wir sollten uns vor dem Hintergrund dieser Frage nicht plakativ hinstellen und sagen, das sei alles ganz schlimm, bei Binding und Oetker müsse das Kartellamt prüfen. Man muss vielleicht auch schauen, was neben dem Rückgang der Nachfrage eine Rolle spielt. Man muss einmal schauen, was wir dem Wirtschaftsstandort Deutschland zumuten. Wir haben immer weiter steigende Abgaben. Wir haben immer weiter steigende Soziallasten. Das heißt, die Produktion am Standort Deutschland wird immer teurer. Es wird heute und auch in Zukunft Unternehmen geben, denen wir immer mehr das Wasser abgraben. Deshalb muss man sich bei der einen oder anderen Entwicklung vielleicht auch vor Augen halten, dass es zum Teil hausgemachte Politik ist, wenn wir immer mehr Lasten auf die Unternehmen schieben und auf der anderen Seite Nachfragerückgänge dazu führen, dass Unternehmen irgendwann das Zeitliche segnen.

Abg. **Elke Barth**: Im Gegensatz zu Herrn Kasseckert bin ich schon der Meinung, dass wir auch die Aufgabe haben, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu stecken, auch wenn wir das Marktgeschehen nicht immer ändern können. Manche Dinge passieren eben.

Mich wundert allerdings etwas. Es scheint, dass es für Binding an diesem Standort nicht gut aussieht. Irgendwann kommt sicherlich der Punkt, wo man das akzeptieren müssen wird. Mich irritiert aber sehr, dass Sie nicht bereit sind, unserem Punkt 7 zuzustimmen. Da geht es jetzt auch darum, was mit den Mitarbeitern passiert, falls der Standort tatsächlich geschlossen wird. Es gibt dort sehr viele langjährige Mitarbeiter. Wird es eine Transfergesellschaft geben? Das wäre ein wichtiger Punkt.

Da würde ich mir schon wünschen, dass unsere Landesregierung in die Gespräche einsteigt und ihren Wunsch verdeutlicht, dass das Unternehmen der sozialen Verantwortung gerecht wird. Ich bitte, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht auch Teil unserer Verantwortung ist, gerade bei einem solchen Traditionsunternehmen zu sagen: Wir führen dort Gespräche und tun dies im Sinne der Mitarbeiter. – Insofern bitte ich, da Sie bereit sind, einem Teil der Punkte aus unserem Antrag zuzustimmen, zu überlegen, ob Punkt 7 nicht auch dazugehören könnte.

Abg. **Oliver Stirböck**: Ich glaube, Herr Kasseckert und ich sind bei dem eben Gesagten gar nicht so weit auseinander. Wir haben gar keine Differenzen dabei, dass die Landesregierung oder die Landespolitik auch etwas für kleine und mittelständische Unternehmen tut. Aber die Fragen von kleinen und mittelständischen Unternehmen landen, wenn es um Arbeitsplatzabbau geht, in der Regel nicht in einem Ausschuss des Hessischen Landtags, weil sie insgesamt eine weniger große Betrachtung durch die Politik haben.

Einen Unterschied haben wir allerdings schon bei der Bewertung der Maßnahmen der Hessischen Landesregierung in der Corona-Krise. Die fanden wir nicht ganz so gut, wie Sie das eben geschildert haben. Aber ich will nicht bestreiten, dass es durchaus Anstrengungen gegeben hat.

Der Biermarkt ist sehr komplex. Es ist nicht so, dass es nur den Rückgang beim Bierkonsum gibt. Den gibt es, und er führt gerade kleine und mittelständische Brauereien, aber auch die eine oder andere größere Brauerei dazu, Kapazitäten abzubauen. Es gibt andererseits auf dem Biermarkt den Effekt, dass bestimmte kleinere Brauereien es geschafft haben, sich ein lokales Image zu geben oder eine besondere geschmackliche Ausprägung zu liefern. Solche kleineren Privatbrauereien reüssieren durchaus auf dem Markt. So gehört das ein Stück weit auch zum Wettbewerb, den es auf diesem Markt gibt, dazu, dass nicht alle erfolgreich sein können.

Ich sage auch noch einmal deutlich – es wurde bereits angesprochen –: Hinter Binding stehen der Radeberger-Konzern und die Dr.-Oetker-Gruppe mit einem Umsatz von zusammen über 7 Milliarden €. Da mit staatlichen Hilfen zu arbeiten, wäre völlig absurd. Dass die LINKE der Verstaatlichung das Wort redet, ist ein anderes Thema. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Das hielte ich in diesem Zusammenhang auch für verfassungswidrig.

Natürlich hat der Kollege Kasseckert einen richtigen Appell ausgesprochen, was die Kosten betrifft, die wir Industrieunternehmen in Deutschland zumuten, insbesondere bei den Energiepreisen und den sozialen Kosten, bei den Nebenkosten. Das ist schon eine große Belastung für die Unternehmen. Wir müssen hier als Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähig bleiben. Ich verzichte einmal auf die Aussage, wie das in den letzten 16 Jahren unter Frau Merkel war und was der Beitrag dazu war. Hier kommt es auf die aktuellen Diskussionen an. Auch da sind wir nicht so weit auseinander, dass wir das Angebot an Energie deutlich steigern müssen, um überhaupt noch ein bezahlbares Energieangebot sowohl für die Menschen als auch für die Unternehmen zu haben.

Abg. **Andreas Lichert:** Ich möchte auf den Abg. Gerntke eingehen. Wo wir uns vielleicht wirklich einig werden, ist, dass die Transferzahlungen nicht so geartet sind, dass man damit in Saus und Braus leben kann. Das können sie auch niemals sein. Das Problem ist nämlich nicht die Höhe der Transferzahlungen, sondern die Anzahl der Transferempfänger, die sich massiv erhöht hat. Natürlich spielt hier auch das Thema Migration hinein. Der Kern der Frage, um die es hier geht, ist: Was macht gute Wirtschaftspolitik aus? Gute Wirtschaftspolitik ist immer Ordnungspolitik. Wenigstens pro forma haben wir hier mit CDU und FDP Einigkeit, dass es nicht darum geht, bei einzelnen Unternehmen zu intervenieren, sondern darum, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wenn es dann doch gemacht wird, wenn bei einzelnen Unternehmen auf die eine oder andere Art und Weise interveniert wird, dann beheben Sie damit nicht Ungerechtigkeit, sondern Sie schaffen neue Ungerechtigkeiten. Eine irgendwie geartete Lex Binding wäre vielleicht für die betroffenen Binding-Mitarbeiter eine gute Nachricht. Aber wie erklären Sie es all den anderen Arbeitnehmern, die ihre Arbeitsplätze verlieren, weil die Firma so klein ist, dass sie es nicht in den Lichtkegel der Politik schafft, wie der Kollege Kasseckert das so schön gesagt hat?

Es kann also nicht darum gehen, dass der Staat sich hier zum besseren Unternehmer aufschwingt. Ich hoffe, wenigsten darin besteht mit der Mehrheit der Kollegen im Raum Einigkeit. Deswegen können wir natürlich einer Verstaatlichung der Brauerei auf keinen Fall zustimmen und diesem Antrag, wie gesagt, auch nicht.

Abg. **Tobias Eckert:** Da wir hier in öffentlicher Sitzung tagen, will ich mit einem Thema aufräumen. Es wird hier immer so dargestellt, als ob es so wäre, dass es eine Marktsituation gibt, die zwangsläufig auf eine Schließung dieses Standorts hinausläuft. Vielmehr hat eine Reihe von unternehmerischen Entscheidungen innerhalb des Konzerns dafür gesorgt, dass die Abfüllmenge in Frankfurt sich über Jahre sukzessive verringert hat. Dann bin ich betriebswirtschaftlich natürlich irgendwann an einem Punkt, dass es sich unternehmerisch nicht mehr rechnet.

Ich finde, wir sind in keinem Nachtwächterstaat, in dem Politik das klaglos hinnimmt, sondern Politik muss thematisieren und falsche Entwicklungen in der Wirtschaft diskutieren und sagen,

dass es hier falsch läuft. Es gibt selbst erfüllende Prophezeiungen, wenn ein Konzern nach und nach Veränderungen vornimmt und dann als Ergebnis feststellt: Aufgrund der Nachfrage ist die kleine Abfüllmenge an dem Standort für mich nicht mehr wirtschaftlich darstellbar, und ich lege es zusammen. – Dann ist das aber etwas, was nicht vom Himmel gefallen ist. Ich finde, bei allem Hohelied des Marktes, das hier gesungen wird, heißt es nicht, dass Politik nachtwächtermäßig danebensteht und alles hinnimmt. Sondern man muss Themen artikulieren und für die Öffentlichkeit deutlich machen, dass hier Sachen geschehen, die wir so nicht wollen. Ich finde, es gehört dazu, bei der Standortpolitik zu sagen, dass das nicht vom Himmel fällt, dass es eine unternehmerische Entscheidung ist, die aber mitnichten etwas ist, was durch das Unternehmen nicht beeinflussbar war und ist. Deswegen kann das Land auch deutlich machen: Es gibt auch bei solchen Standorten unternehmerische Verantwortung, der man gerecht werden muss.

Da geht es nicht ums Schließen, sondern um Ausbau und Aufbau für einen zukunftsfähigen Standort. Das ist das Thema, um das es sich hier dreht. Deswegen geht es hier mitnichten um Staatswirtschaft oder Ähnliches. Es geht um die Frage: Wie ernst nehme ich als Politik gesellschaftliche und wirtschaftliche Debatten und positioniere mich dazu?

Ich wiederhole mich: Wir sind kein Nachtwächter, der hier nur zuschaut und selbst nicht eingreift, sondern wir greifen Themen auf und machen deutlich, dass wir handeln können und da, wo wir handeln können, als Staat auch handeln sollten.

Abg. **Axel Gerntke:** Vielleicht noch ein kleiner Aspekt. Es geht nicht nur um die Abfüllmengen, sondern ganz entscheidend für die unternehmerische Entscheidung sind auch die Grundstückspreise, die dazu führen, dass das Unternehmen Interesse hat, das Grundstück anderweitig zu verwerten. Dieser Bodenspekulation sollte vielleicht auch Einhalt geboten werden. Art. 14 und 15 Grundgesetz geben auch her, dass man das tut.

Abg. **Tobias Eckert:** Ich hatte einen Dank vergessen. Das wollte ich nicht unerwähnt lassen. Ich danke Kollegin Kinkel für den Hinweis und habe es als Antrag gewertet, dass wir getrennt abstimmen. Das würde ich unterstützen. Ich freue mich über Zustimmung zu zwei Punkten. Es wäre schön, wenn wir in noch mehr Punkten Gemeinsamkeiten herausbilden könnten. Aber auch, wenn wir es nur an zwei Punkten haben, soll es uns in der Sache recht sein. Von daher sollten wir über die Punkte 1 und 3 separat abstimmen. Weniger ist besser als gar nichts.

Minister **Tarek Al-Wazir:** Ich wollte auf einige Punkte eingehen. Wir tagen schließlich in öffentlicher Sitzung mit entsprechendem Protokoll. Ich will vielleicht das wiederholen, was ich schon Ende Oktober gesagt habe, als wir hier zusammengesessen haben: Ich kann gut verstehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Binding-Brauerei in großer Sorge sind. Es ist auch so, dass in der Belegschaft auch Leute sind, die frühere Brauereistandortschließungen erlebt haben

und dann nach Frankfurt gegangen sind – im Hinterkopf natürlich den Gedanken, dass es den Standort Binding in Frankfurt immer geben wird.

Jetzt muss man sagen: Das ist nicht immer so. Es hat auch schon andere traditionsreiche Brauereistandorte, teilweise ganze Biermarken, gegeben, die vom Markt verschwunden sind. Ich nenne als Beispiel Martini Bräu aus Kassel.

Wir haben als Landesregierung natürlich Kontakt aufgenommen. Der Ministerpräsident selbst hat mit dem Chef der Radeberger-Gruppe gesprochen. Aber es bleibt dabei, dass es am Ende eine Entscheidung des Unternehmens ist. Wir würden es natürlich begrüßen, wenn der Standort in Frankfurt erhalten bliebe. Aber wir haben als Landesregierung am Ende keine Entscheidungsmöglichkeit bei der Frage, wo ein privates Unternehmen sein Bier braut.

Kollege Gerntke, Art. 15 Grundgesetz ist seit 1949 noch nie angewandt worden.

(Abg. Axel Gerntke: Dann wird es Zeit!)

Ob ausgerechnet eine Brauerei der erste Fall sein sollte, wo man Produktionsmittel verstaatlicht, das wäre zumindest ungewöhnlich. Ich glaube, darauf können wir uns einigen.

Ich will ernsthaft über die Frage reden, die auch angesprochen worden ist, welche Möglichkeiten es gibt. Im Dringlichen Berichtsantrag, der vor drei Monaten gestellt wurde, wurde die Frage gestellt, ob es jemals irgendwelche Zuschüsse gab, auf die man irgendwelche Garantien gründen könnte. – Dem ist nicht so. Es ist am Ende also eine Entscheidung des Unternehmens, welche Standorte erhalten werden oder nicht.

Deswegen noch ein paar Hinweise zur Sache, die hier auch schon teilweise indirekt angesprochen wurden. Falls es eine Idee gewesen sein sollte, dass man einen unausgelasteten großen Standort in bester Frankfurter Innenstadtlage anderweitig nutzen könnte, hat nach meiner Kenntnis der Magistrat der Stadt schon gesagt, dass eine Umwidmung in Richtung Wohngebiet aus seiner Sicht nicht infrage kommt. Das ist Bauleitplanung, und die ist Kern der kommunalen Selbstverwaltung. Dementsprechend hat die Stadt es in der Hand, ob man das Gelände am Ende anderweitig und vielleicht sogar gewinnbringend nutzen kann. – Das ist auch nichts, was die Landesregierung entscheidet. Das entscheidet die Stadt Frankfurt. Die hat sich aber nach meiner Kenntnis bereits deutlich geäußert.

Lieber Kollege Stirböck, ich habe übrigens eine Unterstützerliste gesehen. Dort ist auch Yanki Pürsün dabei. Das nur nebenbei.

(Abg. Oliver Stirböck: Wir unterstützen auch Punkt 1 des Antrags!)

Alle sind in Frankfurt dafür, dass der Standort erhalten wird. Jetzt ist die spannende Frage, was man real dafür tun kann. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Wir als Landesregierung haben keine Möglichkeit, ein Unternehmen dazu zu zwingen, einen Standort offenzuhalten, wenn dieses Unternehmen den Standort schließen möchte, außer wir hätten vorher die Arbeitsplätze gefördert, Investitionen gefördert oder Ähnliches. Aber das haben wir nicht.

Zum nächsten Punkt. Ich will Verantwortung nicht wegdrücken, aber ich glaube auch, dass wir hier eine Veränderung haben – das ist auch schon gesagt worden –, was den Bierkonsum insgesamt angeht, und dass das natürlich auch Auswirkungen hat.

Außerdem will ich ganz persönlich sagen: Ich kenne viele Standorte von Brauereien. Ich persönlich bemühe mich auch immer, in meiner eigenen Person dem Motto „Think global, drink lokal“ gerecht zu werden. Wenn ich mit einem Zirkel einen Kreis rund um Offenbach ziehe, im Sinne von Transportwege und Ähnliches, dann ist gerade noch die Brauerei Faust in Miltenberg drin, aber auch beispielsweise Glaabsbräu in Seligenstadt. Dort gibt es auch kleinere Brauereien, die regional ihre Rohstoffe beziehen, teilweise von Bauern vor Ort. – Das ist bei Radeberger und Binding bei Weitem nicht mehr so. Das muss man schlicht feststellen. Das ist kein Vorwurf, nur eine Feststellung.

Am Ende hat es auch etwas damit zu tun, wie der Konsum der Menschen sich entwickelt. Es macht schließlich keinen Sinn, das Bier zu brauen und danach wegzuschütten. Verschenken kann man es auch nicht. Dann würde sich z. B. Herr Glaab zu Recht aufregen, warum er am Markt bestehen muss und andere nicht. – Sie merken schon, dass an dieser Stelle klar ist, dass wir ein grundsätzliches Problem haben, bei dem wir nicht den Eindruck erwecken können, als könnte der Staat die Veränderung, die im Konsumverhalten stattfindet, rückgängig machen.

Ich wollte noch eine Sache sagen, weil hier das erste Mal die Höchster Porzellanmanufaktur aufgetaucht ist. Ich bitte Sie, sich genau anzuschauen, was jetzt passiert. Die Höchster Porzellanmanufaktur hat mehrmals in den letzten Jahren Insolvenz gemacht. Sie hat offensichtlich, mit welchen Maßnahmen auch immer, kein Geschäftsmodell gefunden, das es am Ende erlaubt hätte, die Kosten am Markt zu erlösen. Da es die zweitälteste Porzellanmanufaktur in Deutschland ist, hat sich die Landesregierung dazu entschieden, dieses Kulturgut und auch dieses Know-how zu erhalten, allerdings anders.

Schauen Sie es sich an. Früher waren dort 18 Mitarbeiter beschäftigt. Von denen werden am Standort noch vier bleiben, die das Know-how haben, wie man dieses Kulturgut erhält und weitergibt. Das Ganze wird in die Hochschule für Gestaltung eingegliedert, um sich der Frage zu stellen, wie man mit alten Techniken und vielleicht neuem Design zu Lösungen kommt. Aber es wird nicht mehr für den Verkauf produziert. Momentan findet der Abverkauf statt, ich glaube, noch bis Ende Februar in Höchst. Danach wird es nicht mehr so sein, wie es vorher war. Die Höchster Porzellanmanufaktur konnte am Markt nicht bestehen, und wir können nicht ewig mit staatlichem Geld dafür sorgen, dass mit Verlust produziert wird. Das heißt, das Kulturgut wird erhalten, das Know-how wird erhalten, aber es wird am Ende ein anderes Modell sein. Für dieses andere Modell, das etwas mit Forschung und Lehre zu tun hat und mit dem Erhalt des Kulturgutes, wird staatliches Geld ausgegeben. Das ist aber etwas anderes als die Verstaatlichung einer Brauerei. – Das wollte ich in die Diskussion werfen, damit kein falscher Eindruck hängen bleibt.

Vorsitzender: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Beschluss:

WVA 20/65 – 01.02.2023

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen nimmt nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung Nr. 1 und 3 des Antrags an und lehnt den Antrag im Übrigen ab.

(zu Nr. 1, 3: CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE gegen AfD;
im Übrigen: CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, Freie Demokraten gegen SPD, DIE LINKE)

(Schluss des öffentlichen Teils: 14:41 Uhr –
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)